

aufgelöst wird. – In beiden Grundbegriffen spielt aber das Problem der *Knappheit* eine entscheidende Rolle: Unter Knappheitsbedingungen muß der Mensch dauernd Entscheidungen zwischen Alternativen treffen. Solche Entscheidungen verursachen Kosten, die verstanden werden als der entgangene Nutzen, den eine alternative Handlung gebracht hätte, also als „Opportunitätskosten“. (Dabei sind besonders solche Kosten zu berücksichtigen, die jetzt noch nicht bekannt sind und dadurch entstehen, daß bestimmte Möglichkeiten gar nicht gesehen werden.) – Nach H. sind nun Rationalität und Demokratie keine selbständigen „Werte“, sondern Lösungen für dieses Kostenproblem. Das erlaubt es, das Verhältnis von Rationalität und Demokratie unter der Rücksicht der Knappheit und aus der Sicht der für die Überwindung der Knappheit zuständigen Einzelwissenschaft, nämlich der Nationalökonomie, zu diskutieren. – *Rationalität* bedeutet unter dieser Rücksicht eine systematische Bemühung um Kostensenkung – ein sinnvolles Konzept angesichts der Endlichkeit der Vernunft. Dabei fordert H. eine nicht nur technologische Rationalität (Anwendung bestimmter Mittel zur zweckmäßigen Erreichung von Zielen), sondern eine Rationalität schlechthin, die sich auch auf die Ziele bezieht. – Unter „*Demokratie*“ wird ein gesellschaftliches Regelsystem verstanden, das die Diskriminierung von einzelnen und Gruppen bei kollektiven Entscheidungen möglichst verhindert, also die Gefahr, daß die Wünsche anderer und nicht die eigenen zum Zuge kommen. Dieser sich am Marktmodell orientierende Demokratiebegriff ist recht anspruchsvoll: Die Regelung des Zusammenlebens der Menschen kann nach H. nur dann als legitim gelten, wenn *alle* dieser Herrschaft Unterworfenen ihr zustimmen. In der Durchführung dieses Konzepts muß H. aber weitgehende Zugeständnisse machen: Für kollektive Entscheidungen kann die *tatsächliche* Zustimmung aller nämlich nicht erreicht werden, weil ein absolutes Vetorecht einzelner unverhältnismäßig hohe Kosten für alle verursachen würde. Wenn aber „freiwillig“ nur bedeutet, daß die Individuen unter den gegebenen Zwangsbedingungen zustimmen *können*, weil die marginalen Vorteile kollektiven Handelns die marginalen Vorteile individuellen Handelns übersteigen, weil also alle alternativen Lösungen mehr „Kosten“ verursachen, wird man fragen müssen, ob grundlegende Menschenrechte dabei hinreichend gesichert bleiben. Die Art, wie hier Methoden der Ökonomie zur Durchleuchtung politikwissenschaftlicher Probleme herangezogen werden, erscheint als ausgesprochen fruchtbar und anregend nicht nur für das Verhältnis von Demokratie und Rationalität, sondern für eine ganze Reihe weiterer hochaktueller Themen, die mitbehandelt werden: Probleme der Wissenschaftstheorie, der Gesellschaftstheorie, der Wirtschaftspolitik, des Freiheitsverständnisses. – Zu fragen bleibt, ob mit diesem methodischen Ansatz tatsächlich *alle* wesentlichen Aspekte des gesellschaftlichen Lebens richtig in den Blick kommen. Der Einwand betrifft weniger den *methodischen Individualismus*, demzufolge soziales Handeln auf das Handeln von Individuen zurückgeführt wird, auch nicht die Übernahme des *Marktmodells* in die Wissenschaft von der Politik, wohl aber die aus der Ökonomie übernommene „utilitaristische“ Interpretation menschlichen Handelns, auch wenn der Begriff des „Nutzens“ so ausgedeutet wurde, daß er alle menschlichen Interessen und Anliegen zu umfassen sucht. Geht es bei Rationalität und Demokratie wirklich *nur* um die Überwindung von Knappheiten? Wie ist sinnorientiertes mit nutzenorientiertem Handeln in einem theoretischen Konzept zu verbinden? – Die Frageperspektiven, die dieses Buch eröffnet, verdienen es, weiterverfolgt zu werden.

W. KERBER S. J.

BEYERSTEDT, HORST-DIETER, *Marxistische Kritik an der Sowjetunion in der Stalinära (1924–1953)* (Europäische Hochschulschriften III: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften 299). Frankfurt-Bern-New York: Lang 1987. 618 S.

Wie beurteilten Marxisten in der Stalinära die russische Oktoberrevolution und das sowjetische Gesellschaftssystem? Diese Frage versucht B. in seiner umfangreichen Arbeit, für die er von der Universität Mainz die Doktorwürde erhielt, zu beantworten, indem er einen Überblick über die Erklärungsmodelle gibt, mit denen die verschiedenen Richtungen des Marxismus die tatsächlichen Ereignisse in der Sowjetunion in ihre Geschichtstheorie einzubauen versuchten. Der russischen Oktoberrevolution fehlten

wesentliche Voraussetzungen einer sozialistischen Revolution, weil sie in einem rückständigen Land ausgebrochen war, in dem das Proletariat eine kleine Minderheit bildete. Deshalb bewerteten sie Marxisten als bürgerliche Revolution und hofften, den Sozialismus in der Sowjetunion durch die Unterstützung des siegreichen Proletariats der westlichen Industrieländer verwirklichen zu können. Rußland befand sich in einer Übergangsphase vom Kapitalismus zum Sozialismus, in der es nach Bucharin „keine objektiven Gesetzmäßigkeiten gebe, sondern die Entwicklung von der staatlichen Planung abhängig sei“ (41). Das Proletariat müsse die Kommandohöhen der Wirtschaft und die Staatsmacht übernehmen, um den Sozialismus mit Zwang aufzubauen. Da nach der Oktoberrevolution eine proletarische Minderheit über eine breite bürgerliche Mehrheit herrschte, sah die Sozialistische Arbeiter-Internationale bis in die dreißiger Jahre hinein in der Sowjetunion einen Arbeiterstaat, „der auf einer kapitalistischen Grundlage beruhe und hierdurch unvermeidlich in einen bürgerlichen Staat umgewandelt werde“ (63). Diesen Wandel hielten manche Linkskommunisten für bereits abgeschlossenen und kritisierten die Sowjetunion deshalb als rein bürgerlichen Staat. Bei anderen Marxisten finden sich Ansätze zu einer Theorie der neuartigen Klassengesellschaft, weil für sie das sowjetische Gesellschaftssystem weder kapitalistisch noch sozialistisch war. – Die bisher entwickelten Erklärungsmodelle wurden unbrauchbar, als Stalin am Beginn der dreißiger Jahre mit seiner Industrialisierungs- und Kollektivierungspolitik alle bürgerlichen Schichten fast vollständig vernichtete und eine gesellschaftliche Situation schuf, deren Klassencharakter neu zu bestimmen war. Um das sowjetische Gesellschaftssystem mit der marxistischen Geschichtstheorie vereinbaren zu können, wurden „wichtige Kategorien des traditionellen Marxismus neu definiert“ (226). Eine neue Bedeutung bekamen beispielsweise so zentrale Begriffe wie „Kapitalismus“ und „Sozialismus“. Die „Diktatur des Proletariats“, die man bisher als Herrschaft einer breiten Mehrheit im Interesse der breiten Mehrheit verstanden hatte, verwandelte sich in die Diktatur einer kleinen Minderheit, die im Namen des Proletariats die Arbeiterklasse unterdrückte. Stalin hatte mit seiner Politik deutlich gemacht, daß der Staat die gesellschaftliche Entwicklung steuern kann, und damit die Kommandohöhen-Theorie bestätigt. An Popularität gewann auch die Theorie der neuartigen Klassengesellschaft, obwohl sie die marxistische Geschichtsauffassung, für die es neben Kapitalismus und Sozialismus keine dritte Gesellschaftsordnung gibt, in Frage stellt. – Bis zum Zweiten Weltkrieg beschäftigten sich die marxistischen Kritiker vor allem mit der sowjetischen Innenpolitik. Nach dem Krieg galt ihre ganze Aufmerksamkeit der Außenpolitik der Sowjetunion, die als Großmacht Ostmitteleuropa beherrschte und Westeuropa bedrohte. Der kalte Krieg zwang viele, sich entweder für die kapitalistische Demokratie oder für den sozialistischen Totalitarismus zu entscheiden. Die neue weltpolitische Lage beeinflusste auch die Theorien über den Klassencharakter der Sowjetunion, von denen „die Theorie der neuartigen Klassengesellschaft die beste Grundlage zur Erklärung der neuen Situation bot“ (271). Diese knappe Inhaltsangabe kann lediglich die Grundgedanken der umfangreichen Untersuchung andeuten und nur einen kleinen Teil der behandelten Erklärungsmodelle erwähnen, weil B. eine Fülle von Material zusammengetragen und bibliographisch festgehalten hat, um zu zeigen, „wie die gesellschaftliche Entwicklung der Sowjetunion die einzelnen Erklärungsansätze vor unterschiedliche Probleme stellte und wie umgekehrt das unterschiedliche Vorverständnis der Sowjetgesellschaft die Interpretation ihrer jeweils neuen Entwicklungsstufen beeinflusste“ (618). Obwohl B. die erzielten Ergebnisse öfter zusammenfaßt, ist es nicht einfach, in der detailreichen Materialsammlung den Überblick zu behalten und den Stellenwert der zahlreichen Theorien über den Klassencharakter der Sowjetunion abzuschätzen. Dem Leser fällt dies auch deshalb schwer, weil nicht klar bestimmt wird, was beispielsweise „Kommandohöhen-Theorie“, „entarteter Arbeiterstaat“ oder „Totalitarismus-Theorie“ bedeutet. Da B. große Fachkenntnisse voraussetzt, dürften sich für seine Arbeit vor allem Historiker und Marxismus-Forscher interessieren.

J. OSWALD S. J.